



Freistaat Preußen

Administrative Regierung und
Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs/Deutschland
in der Funktion des persistent objector
- ius cogens -

Innere Angelegenheiten
Ada Cornelia a.d.F. Reichhelm
www.freistaat-preussen.world

an
die restitutiven alliierten Besatzermächte Deutschlands
alle Parteien der Bundesrepublik Deutschland/Neuschwabenland
das Bundesministerium der Finanzen, Herr Olaf Scholz

Niederschrift und Anordnung Nr. 11062018 Keine weitere Finanzierung der BRD-Parteien/Wirtschaftsvereine aus den von dem Grund- und Boden der Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs/Deutschland geschöpften finanziellen Mitteln

Werte Parteienvertreter der Bundesrepublik Deutschland/Neuschwabenland,
werter Herr Scholz,
werte Damen und Herren,

mit dem Ende der Nachkriegsordnung, verkündet von der Bundeskanzlerin Frau Merkel am 27. April 2018 in Washington D.C., im Beisein des US-Präsidenten Herrn Trump, und der Beendigung der Besetzung durch die alliierten Mächte des Ersten und Zweiten Weltkriegs endet zugleich das Besatzungsstatut zur Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“, auf den Staatshoheitsgebieten der einzelnen 26 Glied-/Bundesstaaten des Staatenbundes Deutsches Reich.

Im Rahmen der Restitutionspflicht § 185 Völkerrecht ist nun die staatliche kommunale Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden, in Ausübung ihrer Souveränität und Selbstbestimmung, wieder herzustellen im Status quo ante (bellum).

Die Selbstverwaltung ist im Abschnitt VIII. der Verfassung des Freistaats Preußen vom 30. November 1920 geregelt.

Wie bereits mehrfach mitgeteilt, gilt sofort, mit Aufhebung der besatzungsmäßigen Ordnung, die Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871 und der Rechtsstand vom 30. Juli 1914, zwei Tage vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Für den Freistaat Preußen gilt der Rechtsstand vom 18. Juli 1932 mit seiner Staatsverfassung vom 30. November 1920.

Im Sinne der Ordnung und Sicherheit bleiben Gesetze, Verordnungen, Richtlinien etc. pp. der Bundesrepublik Deutschland, welche diesen vorgenannten Gesetzen nicht widersprechen und nicht entgegenstehen, vorübergehend solange weiterhin in Kraft, bis die neue gesetzgebende Gewalt entsprechende Regelungen getroffen hat.

Gemäß der Verfassung des Freistaats Preußen

Artikel 4 (2) ist das Stimmrecht allgemein und gleich und wird geheim und unmittelbar ausgeübt. [...]

Artikel 9 (1) besteht der Landtag aus den Abgeordneten des preußischen Volkes. Die Abgeordneten sind Vertreter des gesamten Volkes und werden von ihm nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

Artikel 9 (2) Wählbar sind die Stimmberechtigten die das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet haben.

Alle Abgeordneten sind der Treue zur Verfassung, zum Gehorsam gegenüber den Gesetzen und zur gewissenhaften Erfüllung der Aufgaben der Abgeordneten verpflichtet. Diese Treuepflicht ergibt sich gegenüber dem gesamten Volke, **nicht** jedoch gegenüber Parteien /Wirtschaftsvereinen.

Gemäß der Verfassung des Freistaats Preußen, Abschnitt X.

Artikel 78 hat jeder Staatsbeamte einen Eid dahin zu leisten, daß er das ihm übertragene Amt unparteiisch nach besten Wissen und Können verwaltet und die Verfassung gewissenhaft beobachten wolle.

Die Bundesrepublik Deutschland ist gemäß ihrer Verfassung Artikel 20 (1) ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

Die Politik dieses Staates wird im Gegensatz zur Politik des Freistaats Preußen und des Deutschen Reichs fast ausschließlich durch Parteien/Wirtschaftsvereine und Lobbyisten bestimmt.

Klarzustellen ist, daß gemäß Artikel 1 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871 kein Bundesstaat „Bundesrepublik Deutschland“ zum Bundesgebiet des Deutschen Reichs gehört, denn hierzu gehören nur die Bundesstaaten:

Preußen	Oldenburg	Reuß ältere Linie
Bayern	Anhalt	Reuß jüngere Linie
Sachsen	Braunschweig	Lippe
Württemberg	Sachsen-Altenburg	Schaumburg-Lippe
Baden	Sachsen-Coburg-Gotha	Freie Stadt Hamburg
Hessen	Sachsen-Meiningen	Freie Stadt Bremen
Mecklenburg-Schwerin	Schwarzburg-Rudolstadt	Freie Stadt Lübeck
Mecklenburg-Strelitz	Schwarzburg-Sonderhausen	hinzu kam
Sachsen-Weimar-Eisenach	Waldeck	Elsaß-Lothringen

Das Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Staatsangehörigen befindet sich exterritorial zum Deutschen Reich/Deutschland.

Es gilt der Grundsatz, wenn Boden bzw. ein Teil der festen Erdoberfläche einem Staat zugeordnet werden soll, so muß dieser Boden als Sache definiert werden können. Die genauen Grenzen müssen dazu eindeutig festgelegt und eindeutig dokumentiert werden.

Die deutschen Staaten gehen auf eine Jahrtausend alte Geschichte, auf die Fürsten des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nationen und auf das Zweite Deutsche Reich, als ein ab dem Jahre 1871 in Versailles anerkanntes Völkerrechtssubjekt, bestehend aus den 25 (26) Bundesstaaten in ihren fest definierten Grenzen, zurück. Diese Gebiete gehören den jeweiligen indigenen, autochthonen deutschen Völkern. Diese Völker haben bis heute ihre Staatshoheitsgebiete nicht

der Bundesrepublik Deutschland/Neuschwabenland, welche selbst gerade mal auf eine nur 69-jährige Geschichte zurückblicken kann, überlassen.

Die indigenen, autochthonen deutschen Völker verzichten nicht auf ihre Bodenrechte der als Völkerrechtssubjekte anerkannten souveränen Staaten seit 1871 im Staatenbund Deutsches Reich/Deutschland und sie verzichten nicht auf die damit verbundenen Völkervertragsrechte

ius cogens.

Die indigenen, autochthonen deutschen Völker im Staatenbund Deutsches Reich/Deutschland unterwerfen sich nicht der Herrschaftsgewalt der Bundesrepublik Deutschland/Neuschwabenland!

Ein weiteres deutsches Gebiet, welches durch das Dritte Reich völkerrechtskonform in den Jahren 1938/39 abgesteckt wurde und damit ebenfalls eindeutig in seinen Grenzen definiert ist, ist als „Neuschwabenland“ bekannt. Offenkundiger Rechtsnachfolger des Dritten Reichs und somit Rechteinhaber des Gebietes „Neuschwabenland“ ist die Bundesrepublik Deutschland. Die Staatsangehörigen der Bundesrepublik Deutschland sind daher die völkerrechtskonform rechtmäßigen Erben des Dritten Reichs und des Gebietes „Neuschwabenland“.

BUNDESANZEIGER

HERAUSGEGEBEN VOM BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ

Ausgegeben am Dienstag, dem 5. August 1952

Auswärtiges Amt

Bekanntmachung

Über die Bestätigung der bei der Entdeckung von
„Neuschwabenland“ im Atlantischen Sektor der
Antarktis durch die Deutsche Antarktische Expedition
1938/39 erfolgten Benennungen geographischer Begriffe.

Vom 12. Juli 1952

Anlage 1: Amtsblatt Nr. 17 vom 05. April 2018

Die Bundesrepublik Deutschland/Neuschwabenland wird derzeit völkerrechtlich vertreten durch den Bundespräsidenten, Herr Steinmeier, durch die Bundeskanzlerin Frau Merkel und durch das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland, hauptverantwortlich ist Herr Heiko Maas.

In Europa hat die Bundesrepublik Deutschland/Neuschwabenland kein in seinen festen Grenzen eindeutig definiertes Gebiet.

Die Bundesrepublik Deutschland /Neuschwabenland ist daher kein in Europa existenter Staat, auch dann nicht, wenn die Bundesrepublik Deutschland derzeit das Gebiet des Staates Freistaat Preußen und der Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs völkerrechtswidrig okkupiert.

Die vorgenannten Vertreter der Bundesrepublik Deutschland/Neuschwabenland sind daher nicht befugt, das Deutsche Reich/Deutschland international zu vertreten. Dies obliegt einzig und allein dem Präsidium des Deutschen Reichs gemäß der Reichsverfassung vom 16. April 1871.

Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs ist der Freistaat Preußen als völkerrechtskonform legitimer Rechtsnachfolger des Königreichs Preußen.

Die Bundesrepublik Deutschland/Neuschwabenland war bis zum 27. April 2018 durch die Alliierten Mächte beauftragt, das Vereinigte Wirtschaftsgebiet der Alliierten Mächte des Zweiten Weltkriegs auf den Teiltterritorien der Bundesstaaten des Deutschen Reichs/Deutschland zu verwalten.

Dieser Auftrag der Bundesrepublik Deutschland /Neuschwabenland wurde am 27. April 2018 offiziell beendet.

Alle hoheitlichen Befugnisse der Bundesrepublik Deutschland/Neuschwabenland enden daher seit dem 27. April 2018 an den Außengrenzen Neuschwabenlands!

Rückblick:

Am 03. Oktober 1990 endete die militärische Besatzung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), mit der ehemaligen Verwaltung Deutsche Demokratische Republik (DDR) auf den Teilgebieten einiger Bundesstaaten des Deutschen Reichs, wie zum Beispiel des Staates Sachsen und des Freistaats Preußen, vor dem Hintergrund, daß die ehemaligen in der DDR- verwalteten Menschen die Reparationsleistungen i.S. des Potsdamer Protokolls über die Dreimächtekonferenz von Berlin vom 02. August 1945 erfüllt hatten, sogar, obwohl der Freistaat Preußen nicht am Zweiten Weltkrieg teilgenommen hatte.

Statt diese Menschen jedoch in ihre Freiheit, Staatlichkeit, Selbstbestimmung und Souveränität zu entlassen, wurde von Seiten der westalliierten Verwaltung still und heimlich das Besatzungsstatut, das „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“, aufgedrückt, ohne jemals diese Menschen gefragt und ihnen ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt zu haben.

Es wurden den DDR`lern sogar die Parteien/Wirtschaftsvereine der BRD übergestülpt. So wurde z.B. die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) in die Christlich Demokratische Union Deutschlands einverleibt, ohne die Parteimitglieder der DBD überhaupt gefragt zu haben.

Nahezu alle Führungspositionen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft, Kultur, Bildung und Rechtspflege etc. pp. wurden binnen kürzester Zeit durch die westalliierte Verwaltung ersetzt und mit BRD-Personal besetzt, ohne die historisch gewachsenen Bedingungen für die Menschen in der ehemaligen SBZ auch nur im Geringsten zu berücksichtigen, mit fatalen Folgen. Millionen verloren nicht nur ihre Arbeit, sondern sie verloren ihre gesamte Identität, ihre Kultur, ihr gesamtes soziales Umfeld.

Die feindliche Übernahme der DDR durch die westalliierte Verwaltung BRD war perfekt und perfide. Damit eröffneten sich die Alliierten mit der Handlangerin BRD nahezu weitere 30 Jahre der Besatzung und Unterwerfung der Menschen der ehemaligen SBZ.

Dieses menschenverachtende Vorgehen der BRD begründet unter anderem in vielen Schichten der Bevölkerung die absolute Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland, welche sich als neuer Staat auf dem Staatsterritorium des Freistaats Preußen und der Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs völkerrechtswidrig etablieren wollte!

Jetzt, seit dem 27. April 2018, seit dem Ende der Nachkriegsordnung auf dem gesamten ehemals von der Bundesrepublik Deutschland/Neuschwabenland verwalteten Gebieten der Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs/Deutschland, hat die Bundesrepublik Deutschland/Neuschwabenland mit ihren Staatsangehörigen in den Verwaltungen Deutschlands unverzüglich die Restitutionspflicht gemäß § 185 Völkerrecht durchzuführen und den status quo ante (bellum) wieder herzustellen sowie als Rechtsnachfolger des Dritten Reichs das Urteil nach der mündlichen Verhandlung vom 10., 14. und 17. Oktober 1932 des Staatsgerichtshof vom 25. Oktober 1932 (RGZ 138, Anhang S. 1bis 43) mit folgender Entscheidung umzusetzen und das Staatshoheitsgebiet des Freistaat Preußen freizugeben:

*Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen ist mit der Reichsverfassung vereinbar, soweit sie den Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt und ihn ermächtigt, preußischen Ministern **vorübergehend** Amtsbefugnisse zu entziehen und diese Befugnisse selbst zu übernehmen oder anderen Personen als Kommissaren des Reichs zu übertragen. Diese Ermächtigung durfte sich aber nicht darauf erstrecken, dem*

entziehen und diese Befugnisse selbst zu übernehmen oder anderen Personen als Kommissaren des Reichs zu übertragen. Diese Ermächtigung durfte sich aber nicht darauf erstrecken, dem preußischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern die Vertretung des Landes Preußen im Reichstag, im Reichsrat oder gegenüber anderen Ländern zu entziehen.

Der Freistaat Preußen ist nun wieder herzustellen, unter Aufsicht und Anordnung der administrativen Regierung des sich bereits seit dem 19. Oktober 2012 in völkerrechtskonformer Reorganisation befindenden Freistaats Preußen

Bei Verweigerung der Restitutionspflicht durch die BRD-Verwaltung verantworten sich die Beschäftigten in allen Verwaltungsebenen gemäß Strafgesetzbuch des Deutschen Reichs im Rechtsstand vom 30. Juli 1914 i.V.m. den Ausführungsgesetzen zur Restitution/Reorganisation des Deutschen Reichs vom 27. November 2016.

Spätestens nach Abschluß der Reorganisation/Restitution des Freistaats Preußen werden alle Staatsangehörigen der Bundesrepublik Deutschland/Neuschwabenland aufgefordert, das Staatshoheitsgebiet des Staates Freistaat Preußen zu verlassen und in ihre deutsche Heimat „Neuschwabenland“ auszureisen, denn Neuschwabenland ist kein Kriegsgebiet und daher ein sicheres Herkunftsland.

Sofern die Staatsangehörigen der Bundesrepublik Deutschland ihre Abstammung gemäß Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913 nachweisen können und die Staatsangehörigkeit des Freistaats Preußen bereits während der Zeit der Reorganisation beantragen, ist eine Wiedereinbürgerung nach Prüfung möglich.

Anordnung:

Hiermit ergeht die Anordnung an das Bundesministerium der Finanzen, hauptverantwortlich Herr Olaf Scholz, keine weiteren finanziellen Mittel, die von den Staatshoheitsgebieten der Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs/Deutschland geschöpft wurden und werden, an Parteien und Wirtschaftsvereine der Bundesrepublik Deutschland/Neuschwabenland in Form von z. B. s.g. Fördergeldern auszureichen, da diese Parteien/Wirtschaftsvereine keinerlei Aufgaben hier im Freistaat Preußen und in den Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs/Deutschland zu erfüllen haben.

Das Bundesministerium der Finanzen, hauptverantwortlich Herr Olaf Scholz, untersteht seit dem 27. April 2018 der Aufsicht der administrativen Regierung des Freistaats Preußen und haftet für die Umsetzung dieser Anordnung.

Bei Veruntreuung von Staatsvermögen des Freistaats Preußen und der Glied-/Bundesstaaten des Deutschen Reichs sowie des Reichsvermögens haften alle Beteiligten nicht nur strafrechtlich, sondern auch mit ihrem gesamten privaten Vermögen bis in die dritte Generation.

Anlage: 1 – Amtsblatt Nr. 17 vom 05. April 2018

Gegeben zu Berlin, am 11. Juni 2018

Mit freundlichen Grüßen



*Ada Cankic
a. d. F.
Reichshaus*



Deutsches Reich / Deutschland

in der Funktion des persistent objector

des seit 1871 existierenden Staatenbundes Deutsches Reich innerhalb der Reichsgrenzen 1914, 2 Tage vor Ausbruch des 1. Weltkriegs und für den Freistaat Preußen im Rechtsstand vom 18. Juli 1932 wiederhergestellte Handlungsfähigkeit seit 3. Oktober 2015 gemäß völkerrechtskonformer Reorganisation seiner Gliedstaaten

Präsidium des Deutschen Reichs

- ius cogens -

Amtsblatt Nr. 17 vom 05. April 2018

Öffentliche Bekanntmachung

www.Staatenbund-DeutschesReich.info

Bundesrepublik Deutschland - der Deutsche Staat

Alexander-v.-Humboldt-Gebirge, Humboldt-Gräben, Altar, Am Überlauf, Barkley-Berge, Bastei, Bludau-Berge, Bolle-Berg, Boreas (D-Agat), Brandt-Berg, Bruns-Berge, Buddenbrook-Kette, Bundermann-Ketten, Conrad-Gebirge, Dallmann-Berge, Eckhörner, Filchner-Berge, Gablenz-Rücken, Gburek-Spitzen, Geßner-Spitze, Gneis-Kopf, Gockel-Kamm, Graue Hörner, Gruber-Berge, Habermehl-Gipfel, Hädrich-Berg, Hedden-Berg, Herrmann-Berge, In der Schüssel, Johannes-Müller-Kamm, Kaye-Kamm, Kleinschmidt-Gipfel, Kottas-Berge, Kraul-Berge, Krüger-Berg, Kubus, Kurze-Gebirge, Lange-Platte, Loesener Platte, Lose Platte, Luz-Rücken, Mayr-Kette, Matterhorn, Mentzel-Berg, Mühlig-Hofmann-Gebirge, Neumayer-Steilwand, Neu-Schwabenland, Nordwest-Insel, Östliches Hochfeld, Ober-See, Passat(D-Alox), Paulsen-Berge, Payer-Gruppe, Penck-Mulde, Petermann-Ketten, Preuschoff-Rücken, Regula-Kette, Ritscher-Gipfel, RitscherLand, Röbbke-Berg, Ruhnke-Berg, Sauter-Riegel, Schirmacher-Seenplatte, Schneider-Riegel, Schubert-Gipfel, Schulz-Höhen, Schichtberge, Schwarze Hörner, See-Kopf, Seilkopf-Berge, Sphinx-Kopf, Spieß-Gipfel, Stein-Kuppen, Todt-Riegel, Uhlig-Gipfel, Unter-See, Vorposten, Westliches Hochland, Weyprecht-Berge, Wegener-Inlandeis, Witte-Spitzen, Wohlthat-Massiv, Zimmermann-Berg, Zuckerhut, Zwiesel



Südpol / Antarktis

Das Schiff "Schwabenland" verließ Hamburg vor Weihnachten 1938 und traf am 19. Januar 1939 in antarktische Gewässern ein. Zwei mitgeführte Flugboote (Boreas und Passat) überflogen ein Gebiet von ca. 600.000 km² und dokumentierten die Forschungsflüge mit fast 11.000 Fotos. **Nach der damaligen international gebräuchlichen Methode, machte das 3. Reich auch mit abgeworfenen Fallflaggen mit Hakenkreuzen den Anspruch auf das Gebiet geltend.** Das gesamte Territorium erhielt den Namen "Neuschwabenland". Die kartographierten Landschaften bekamen deutsche Bezeichnungen, die das Auswärtige Amt im Bundesanzeiger Nr. 149 vom **05. August 1952** veröffentlichte, herausgegeben vom Bundesministerium der Justiz: **„Bekanntmachung über die Bestätigung der Entdeckung von ‚Neu-Schwabenland‘ im Atlantischen Sektor der Antarktis durch die Deutsche Antarktische Expedition 1938/39 erfolgten Benennung geographischer Begriffe. Vom 12. Juli 1952.“**

Norwegen schritt nicht gegen das Ausbringen deutscher Hoheitszeichen (Flaggen mit Hakenkreuz) im Gebiet Königin-Maud-Land ein, mit dem das 3. Reich aus dem Königin-Maud-Land das Gebiet Neu-Schwabenland vereinnahmte, und **verwirkte dadurch die aus seinen Entdeckungen und Erforschungen abgeleiteten Rechte für Neu-Schwabenland nach dem Völkerrecht**, denn *„Entdeckung und Erforschung eines Gebietes sichern dem Entdeckerstaat nur für einen kurzen Zeitraum die Erwerbsrechte“*.

Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) wurde mit Urteil am 03. Februar 2012 vom Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag als Rechtsnachfolger des 3. Reichs bestätigt. Mit dem „Gelben Schein“ beurkundet die BRD die Volkszugehörigkeit zum Deutschen Volk nach der Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 05. Februar 1934 (3. Reich). Seit 1990 hat sich dieses Deutsche Volk selbst das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) im **Gewohnheitsrecht als Verfassung** für den Deutschen Staat gegeben.

Hier in Europa gibt es keine deutsche Staatsangehörigkeit !!!

Im Sinne des **Art. 20 GG** besitzt die BRD völkerrechtskonform die **Staatsgewalt** für das 1934 vom 3. Reich kreierte **deutsche Staatsvolk** (Gelber Schein) auf **deutschem Staatsgebiet** (Neuschwabenland) mit der **Staatsverfassung** „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“

- Gemäß **Art. 133 GG** kann die BRD die nach dem 2.WK besetzten Gebiete der autochthonen, indigenen, deutschen Völker **nur verwalten!**



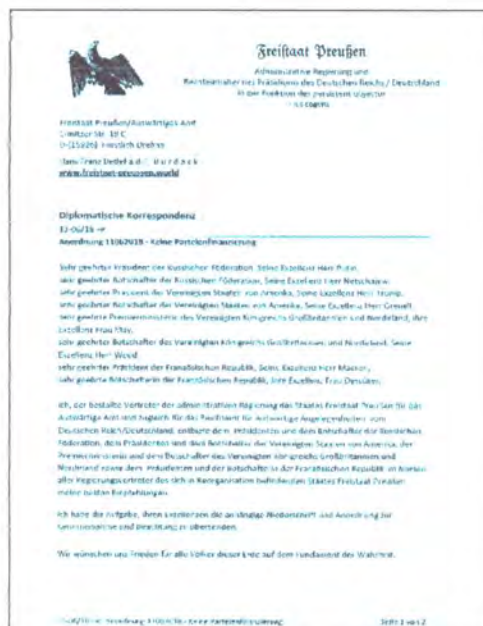
Fax, Letzte Übertragung PAGE . 001/001
12.06.2018 12:54

Name : Freistaat Preußen / Auswärtiges Amt

Fax :

Empf.-Nr. 805
Empfangsdatum und -zeit 12.06.2018 12:30
Starten /Fertigst. 12.06.2018 12:30 /12.06.2018 12:54
Ergeb. OK

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.	
805	12.06	12:30	Send	0074956060766	03:53	008/008	OK	✓ BMD 24
805	12.06	12:35	Send	0302299397	03:39	008/008	OK	24
805	12.06	12:39	Send	03083051050	03:54	008/008	OK	45
805	12.06	12:44	Send	03020457571	03:37	008/008	OK	GB
805	12.06	12:50	Send	030590039067	03:40	008/008	OK	FR



Fax, Letzte Übertragung

PAGE . 001/001
12.06.2018 15:35

Name : Freistaat Preußen / Auswärtiges Amt

Fax :

Empf.-Nr. 807
Empfangsdatum und -zeit 12.06.2018 14:58
Starten /Fertigst. 12.06.2018 14:59 /12.06.2018 15:34
Ergeb. Fehl.

Ein Komm.-Fehler ist während der Faxtransaktion aufgetreten.
Beim Senden den Vorgang wiederholen und/oder anrufen, ob
Empfangsfaxgerät zum Faxempfang bereit ist.

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
807	12.06	14:59	Send	03022736878	03:32	008/008	OK <i>Doppel-Bundeslag</i>
807	12.06	15:06	Send	03022765061	00:00	000/008	Besetzt
807	12.06	15:07	Send	03022756869	03:35	008/008	OK SPD
807	12.06	15:12	Send	03022756349	03:37	008/008	OK AfD
807	12.06	15:16	Send	03028495822	03:40	008/008	OK FDP
807	12.06	15:21	Send	03022756128	03:41	008/008	OK <i>Die Linke</i>
807	12.06	15:26	Send	03022756552	03:35	008/008	OK <i>B90/Die Grünen</i>
807	12.06	15:30	Send	030186823260	03:56	008/008	OK <i>BMF</i>

Freistaat Preußen
Autonome Regierung
sitzend in der Hauptstadt des Deutschen Reichs / Deutschland
in der Funktion des permanenten Beobachters
in Brüssel

An:
 Deutsche Bundestag per Fax 030 227 36 878
 CDU/CSU per Fax 030 227 36 003 (Bundestag/Präsident)
 SPD per Fax 030 227 36 868 (Bundestag/Präsident)
 MD per Fax 030 227 36 339 (Bundestag/Präsident)
 FDP per Fax 030 227 36 822 (Bundestag/Präsident)
 Die Linke per Fax 030 227 36 178 (Bundestag/Präsident)
 Bündnis 90/Die Grünen per Fax 030 227 36 512 (Bundestag/Präsident)

Der Bundesminister der Finanzen (BMF), Herr Olaf Scholz (Tel. Fax 030 26 273 200)

Werte Damen und Herren,
 anbei erhalten Sie die Anordnung Nr. 110/2018 vom 11. Juni 2018 zur Fernübermittlung
 der Bildung und Umsetzung.

Anlagen:

- Wiederholte und Anordnung Nr. 110/2018 – Eine weitere Finanzierung der DMO-
 Kartens/Wirtschaftsvereine aus dem von dem Staat und Präsidentschaft der DMO-
 Kartens/Wirtschaftsvereine der Bundesrepublik Deutschland gesammelten Anträge, sowie 11
 Bund 1018 von Anlagen
- Übertragungsprotokolle - rechtliche Dokumente des Deutschen Reichs (DR)

Gegensitzlich und schriftlich am 12. Juni 2018




MS Preussische Verfassung
 Freistaat Preußen, Auswärtiges Amt
 G.M. Nr. 1/18
 (HEID) - erstellt am 12. Juni 2018
 www.faxmail-epson.com

*Herrn Olaf Scholz
 d. d. 11. Juni 2018*

Fax, Letzte Übertragung PAGE. 001/001
12.06.2018 15:43

Name : Freistaat Preußen / Auswärtiges Amt

Fax :

Empf.-Nr. 809

Empfangsdatum und -zeit 12.06.2018 15:40

Starten /Fertigst. 12.06.2018 15:40 /12.06.2018 15:43

Ergeb. OK

Empf.-Nr.	Dat.	Zeit	Typ	ID	Dauer	Seite	Ergeb.
809	12.06	15:40	Send	03022756061	03:34	008/008	OK CDU/CSU

Freistaat Preußen
 Adressierte Regierung
 Reichensabtei der Präbikular, bei, Deutschen Reich / Festsitz-Nord
 in der Funktion des persistent vektor
 10.0000

An:

Christlicher Bundesrat per Fax 030 227 20 31 0
 CDU/CSU per Fax 030 227 44 00 00 (Bundesrat/Fraktion)
 SPD per Fax 030 227 54 00 00 (Bundesrat/Fraktion)
 AfD per Fax 030 227 55 00 00 (Bundesrat/Fraktion)
 FDP per Fax 030 224 95 00 00 (Bundesrat/Fraktion)
 Die Linke per Fax 030 227 55 00 00 (Bundesrat/Fraktion)
 Bündnis 90/Die Grünen per Fax 030 227 20 22 00 (Bundesrat/Fraktion)

des Bundesministeriums der Finanzen (BMF), Herrn Olaf Schulz per Fax 030 196 823 250


Werte Damen und Herren

anbei erhalten Sie die Besorgung Nr. 1496/2018 vom 11. Juni 2018 zur Kassakontrolle, Bearbeitung und Einreichung.


Anliegen

- Ändererwerb und Änderung RM 310/2018 – KfzV: weitere Finanzierung der BfV; Parteilose/Politik-Investoren aus dem vordem Grund und Boden der Glück-/Umsatzsteuer des Unrechts/Vertrags/Deutschland geschöpften Finanzieren/Modelle; vom 11. Juni 2018 mit Anlagen
- Übertragungsprozessual – rechtliche/kaufvermächte Deutschlands (rVMD)

Original zu Fürstlich Dr. Dr. Dr. h. c. h. am 12. Juni 2018



Auftraggeber: Freistaat Preußen/Auswärtiges Amt
 Lechner-Str. 1/1
 D-10117 Berlin
 www.preussen-projekt.de


 Herr Frank Heide
 u. d. F. Heide